

Frau
Dr. Irmtraud Schnell
Politik gegen Aussonderung
BAG für Integration und Inklusion
Dellengartenstr. 22
66117 Saarbrücken

FRAKTIONSVORSITZENDE
RENATE KÜNAST

Hausanschrift:
Dorotheenstr. 101
10117 Berlin

T. 030/227-71913
F. 030/227-76913

E-Mail:
Renate.kuenast@bundestag.de

Berlin, 09. September 2009

Wahlprüfsteine
Politik gegen Aussonderung BAG für Integration und Inklusion
Antworten von Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen

1.) Wie stehen Sie zur Verantwortung des Gemeinwesens für gleichberechtigte Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderungen und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Sie und für Ihre Partei auf lange Sicht sowie im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode? In der deutschsprachigen Übersetzung wird „Barrierefreiheit“ mit „Unabhängigkeit“ übersetzt - das verschiebt u.E. die Verantwortung, wie sie in der UN-Konvention gemeint ist.

Antwort: Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen schnellstmöglich und umfassend umgesetzt wird. Auch in Deutschland. Das heißt, dass seine Inhalte vollständig und unverzüglich in deutsches Recht umgesetzt werden. Wir unterstützen die Absicht, mit einem Gremium die Umsetzung der Konvention auch und gerade im parlamentarischen Raum als dauerhaften Prozess zu verankern. Wir Grüne fordern gesetzliche Fristen zur Herstellung von Barrierefreiheit. Die bestehenden Instrumente können Barrierefreiheit nicht entscheidend voranbringen.

2.) Menschen mit Behinderungen beanspruchen als Subjekte ihres Handelns mit gleichen Rechten betrachtet zu werden und nicht als Empfänger/innen zugestanderer Fürsorge.

**Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach geeignet, von einer Politik der Stellvertretung zu einer Politik der Selbstvertretung einschließlich der erforderlichen Assistenz zu führen?
Welche Maßnahmen planen Sie auf lange Sicht und welche für die nächste Legislaturperiode?**

Antwort: Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen schreibt die Beteiligungsrechte und Mitbestimmungsrechte behinderter Menschen eindeutig fest. Im Mittelpunkt stehen die Expertinnen und Experten in eigener Sache. Ziel grüner Politik war und ist es, diesem Anspruch gerecht zu werden. Aus diesem Grund stehen wir im regelmäßigen Dialog mit Interessenorganisationen, die sich für die Belange von Menschen mit Behinderungen einsetzen. Der Austausch mit ihnen ist für uns unerlässliche Grundlage unserer Politik. Wir wollen ein flächendeckendes Netz von unabhängigen Stellen schaffen, die ohne Druck vom Träger über den Assistenzbedarf entscheiden.

3.) Erziehung und Bildung haben die Chance, seelisch-geistige Dispositionen der aufwachsenden und kommenden Generationen zu prägen. Eine gemeinschaftsfähige Gesellschaft wird in Kindertagesstätten und Schulen grundgelegt. Die UN-Konvention spricht von einem inklusiven Bildungssystem als Voraussetzung einer alle einbeziehenden Gesellschaft.

Welche Möglichkeit sehen Sie für sich und Ihre Partei, vom Bund auf die Länderregierungen entsprechend der Anforderungen der UN-Konvention einzuwirken? In welche Richtungen sollten die Länder ihrer Meinung und der Meinung Ihrer Partei nach ihre Bildungssysteme entwickeln? Wie sollte der Prozess der Veränderung gesteuert werden? Was versprechen Sie persönlich sich von einer inkludierenden Bildung?

Antwort: Wir Grüne wollen, dass der gemeinsame Unterricht zur Regel wird. Nur das alltägliche Miteinander von jungen Menschen mit und ohne Behinderung sowie die Erprobung des gegenseitigen Respekts von klein auf führen zur gleichberechtigten Wahrnehmung und selbstverständlichen Anerkennung von Menschen mit Behinderung. Das Wunsch- und Wahlrecht bei der Auswahl der Betroffenen muss an erster Stelle bei der Auswahl geeigneter Schulformen stehen. Zusammen mit den Ländern treten wir dafür ein, Entwicklungspläne zu erstellen, wie die Inklusion von Kindern mit zusätzlichem Förderbedarf zukünftig an den Regelschulen möglich werden kann.

4.) Sowohl im Hinblick auf den Besuch der allgemeinen Schule wie bei ambulanter Versorgung besteht in Deutschland ein Kostenvorbehalt, der mit der UN-Konvention nicht vereinbar ist.

Welche Maßnahmen werden Sie bzw. Ihre Partei lang- und kurzfristig ergreifen, um in diesem Sinne menschenrechtsgemäße Lebensverhältnisse auch für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten?

Antwort: Ein Wunsch- und Wahlrecht ist zwar im Sozialgesetzbuch festgeschrieben, dessen Umsetzung ist aber mangelhaft. Wir Grüne sind der Meinung, dass andere Lebensentwürfe und mehr Eigenständigkeit trotz Behinderung möglich sein müssen. Wir wollen das Wunsch- und Wahlrecht weiter stärken! Dies gilt selbstverständlich auch für Menschen mit besonders hohem Unterstützungsbedarf. Der Anspruch auf Teilhabe ist unteilbar.

Wir unterstützen die Forderungen nach behinderungsbedingten, dauerhaften Nachteilsausgleichen, die einkommens- und vermögensunabhängig zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch wir wollen mittelfristig ein Teilhabesicherungsgesetz. Ein solch tiefgreifender Systemwechsel ist jedoch nicht von heute auf morgen möglich.